



Medienmitteilung

Zürich, 24. März 2022

Beschlüsse der Kommissionen

WAK: Keine Senkung der Strassenverkehrsabgaben

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat mit 12 zu 3 Stimmen, die parlamentarische Initiative (PI) von René Isler (SVP, Winterthur) betreffend «Senkung der Strassenverkehrsabgaben um 20 Prozent» zur Ablehnung ([KR-Nr. 16/2017](#)). Die Kommissionsmehrheit lehnt die Reduktion ab, weil die im Strassenfonds geäußerten Mittel für die langfristige Finanzierung der geplanten Strassenvorhaben benötigt werden. Eine Minderheit der Kommission (SVP) stellt den Antrag, die PI an die WAK zurückzuweisen mit dem Auftrag, eine gesetzeskonforme geänderte PI zu erarbeiten. Verlangt werden Pauschalen bei den Verkehrsabgaben, die Einführung einer Verkehrsabgabe für Elektrofahrzeuge, ein jährlicher Mindestbeitrag für alle Fahrzeugarten und eine Ermässigung für gewerblich genutzte Fahrzeuge. Erst am 17. Januar 2022 hat der Kantonsrat die Motion von Florian Meier (Grüne, Winterthur) betreffend «Keine Subventionen für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren» (KR-Nr. 277/2021) und am 28. Februar 2022 diejenige von Romaine Rogenmoser (SVP Bülach) betreffend «Gerechte Verkehrsabgaben für alle Verkehrsmittel – auch solche mit alternativen Antrieben» (KR-Nr. 365/2021) abgelehnt.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

WAK: Keine Standesinitiative zur Kompetenzübertragung an Kantone im Asylwesen

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, die parlamentarische Initiative (PI) von Altkantonsrätin Kathy Steiner (Grüne, Zürich) betreffend «Kompetenzübertragung an Kantone im Asylwesen» abzulehnen ([KR-Nr. 357/2018](#)). Mit der PI wird die Einreichung einer Standesinitiative beim Bund verlangt, damit die Kantone die Arbeitsbewilligungen von Asylsuchenden mit Negativentscheid bis zur effektiven Ausreise eigenständig verlängern können. Die Kommissionsmehrheit weist in ihrem Ablehnungsantrag darauf hin, dass Personen mit einem Wegweisungsentscheid verpflichtet sind, die Schweiz zu verlassen. Erhielten sie eine Verlängerung der Arbeitsbewilligung über die Ausreisefrist hinaus, verringerte dies ihre Bereitschaft, innert der angesetzten Frist die Schweiz zu verlassen. Dies liefe einer glaubwürdigen und konsequenten Asylpolitik zuwider. Hinzu komme, dass der Bund bereits heute die Kantone ermächtigen könne, für bestimmte Kategorien von Personen Bewilligungen zur Erwerbstätigkeit über den Ablauf der Ausreisefrist zu verlängern, wenn besondere Umstände vorlägen. Eine Minderheit aus SP, Grüne, AL und CSP stellt den Antrag, der PI zuzustimmen. Stimmt den eidgenössischen Räten der Standesinitiative zu, so die Argumentation, könnte das Arbeitsbewilligungs-Verfahren für Weggewiesene vereinfacht und verkürzt werden. Hinzu komme, dass die Kantone ihren Arbeitsmarkt und die wirtschaftlichen Bedürfnisse am besten kennen würden.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05



WAK: Kein Rahmenkredit zur Förderung eines klimagerechten Waldbaus

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von Altkantonsrätin Marionna Schlatter (Grüne, Hinwil) betreffend «Rahmenkredit zur Förderung eines klimagerechten Waldbaus» als erledigt abzuschreiben ([5773](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, ein langfristiges Finanzierungsprogramm vorzulegen, um die Beratung der Privatwald-Eigentümerschaften zu intensivieren sowie die Begrünung und Pflege klimatoleranter Baumarten verstärkt zu unterstützen. Die Kommission unterstützt das Anliegen grundsätzlich, jedoch kann derzeit der Finanzbedarf nur unzureichend abgeschätzt werden. Dazu müssen zuerst die strategischen Grundlagen mit der für 2025 geplanten Revision des Waldentwicklungsplans sowie die Ergebnisse verschiedener Vorstösse auf Bundesebene vorliegen.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

WAK: Keine Strategie für berufliche Umorientierungen und Nachholbildungen

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das dringliche Postulat von Karin Fehr Thoma (Grüne, Uster) betreffend «Fit for Future – Förderung der strukturell bedingten beruflichen Umorientierung und der Nachholbildung im Rahmen der Arbeitslosenversicherung» als erledigt abzuschreiben ([5734](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat eingeladen, eine Strategie und einen Umsetzungsplan zu erarbeiten. Regierungsrat und Kommission sind zum Schluss gekommen, dass bereits zahlreiche Instrumente auf dem Arbeitsmarkt bestehen und neue Angebote eingeführt wurden (z. B. Förderung von E-Learning) oder in Planung sind (z. B. Programme zur Vermittlung berufsübergreifender Kompetenzen).

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

WAK: Kein Anreizkonzept für die Weiterbeschäftigung von Ausgelernten

Die Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das dringliche Postulat von Jürg Sulser (SVP, Otelfingen) betreffend «Vermeidung der Jugendarbeitslosigkeit durch Erleichterung des Berufseinstiegs» als erledigt abzuschreiben ([5744](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, ein Anreizkonzept zu erarbeiten, damit Unternehmen Lehrabgängerinnen und -abgänger weiterbeschäftigen und diese nicht arbeitslos in die Berufswelt starten. Regierungsrat und Kommission sind zum Schluss gekommen, dass die bestehenden Instrumente auf dem Arbeitsmarkt ausreichen. Eine Vernehmlassung bei den Sozialpartnern hat zudem ergeben, dass eine Mehrheit der Befragten keine Notwendigkeit für staatliche Interventionen in Form eines Anreizsystems sieht.

WAK-Präsident: Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

KPB: Umbau und Erweiterung des Werkhofs Affoltern a. A. soll bewilligt werden

Die Kommission für Planung und Bau (KPB) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, dem Objektkredit für den Umbau und die Erweiterung des Werkhofs Affoltern a. A. zuzustimmen ([5761](#)). Sie beantragt dem Kantonsrat zudem einstimmig die Erhöhung des Objektkredits um CHF 160'000.- auf neu CHF 13'435'000, sodass neben der vorgesehenen Photovoltaik-Anlage auf dem Dach des neuen Werkstattgebäudes auch die übrigen Dächer mit PV-Modulen ausgerüstet werden können. Die Mehrheit der Kommission beantragt zudem mit 10



zu 4 Stimmen, den Objektkredit für eine Fassadenbegrünung um weitere CHF 60'000 zu erhöhen.

KPB-Präsident: Andrew Katumba (SP, Zürich), 079 336 28 81

KEVU: Verordnung zur Umsetzung der MuKE n soll genehmigt werden

Die Kommission für Energie, Verkehr und Umwelt (KEVU) beantragt dem Kantonsrat mit 10 zu 5 Stimmen, die Änderung der Besonderen Bauverordnung I zu genehmigen ([5735](#)). Die Verordnung führt die Änderungen im Energiegesetz aus (Vorlage 5614, Umsetzung der MuKE n 2014), die im November 2021 vom Stimmvolk gutgeheissen worden sind. Die Kommissionsmehrheit begrüsst die Verordnung, welche die Voraussetzung für die Inkraftsetzung eines Gesetzes ist, das die kantonale Klimapolitik massgeblich prägen soll. Ein Teil der Mehrheit (FDP, Mitte) hätte sich im Detail klarere Verordnungsbestimmungen gewünscht, namentlich zu Wärmekraftkoppelungen und Hochhäusern. SP, GLP, Grüne und EVP erkennen keine Mängel und setzen überdies auf die geplante Instruktion der Gemeindebehörden. Die Minderheit (SVP) lehnt die Verordnung ab, so wie sie bereits das Energiegesetz abgelehnt hat. Sie vertritt damit weiterhin die ablehnenden Stimmen im Kanton und teilt zudem insbesondere die Kritik an einzelnen Bestimmungen der Verordnung, welche über die MuKE n hinausgehen.

KEVU-Präsident: Alex Gantner (FDP, Maur), 079 400 23 43

KSSG: Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Leistungen

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat mit 13 zu 1 Stimmen, das Postulat von Mitte-Kantonsrat Lorenz Schmid betreffend «Einheitliche Finanzierung von ambulanten und stationären Gesundheitsleistungen» als erledigt abzuschreiben ([5759](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat beauftragt, in einem Bericht darzulegen, wie er die Bestrebungen des Bundesrates und des Nationalrates unterstützt, die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung ohne Mehrbelastung für die Kantone einheitlich zu finanzieren. Die Kommission nimmt zur Kenntnis, dass der Regierungsrat die Einführung einer einheitlichen Finanzierung unter der Einhaltung gewisser Mindestvoraussetzungen, wie des Einbezugs der Langzeitpflege oder der Kostenneutralität für jeden einzelnen Kanton, unterstützt und sich auf interkantonaler Ebene entsprechend einbringt. Eine Minderheit (Mitte) beantragt, das Postulat mit einer abweichenden Stellungnahme abzuschreiben. Sie befürchtet, dass die Einführung von EFAS sich aufgrund der Mindestanforderungen um Jahre verzögert, und verlangt, dass der Regierungsrat auf diese Bedingungen verzichtet und die EFAS ergebnisoffen vorantreibt.

KSSG-Präsident: Roman Schmid (SVP, Opfikon), 079 581 88 00

KSSG: Keine flächendeckende Einführung von «Peer Audits» zur Indikationsqualität

Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG) beantragt dem Kantonsrat einstimmig, das Postulat von Mitte-Kantonsrat Lorenz Schmid betreffend ««Peer Audits» zur Indikationsqualität» als erledigt abzuschreiben ([5755](#)). Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat beauftragt, Spitäler mit Leistungsaufträgen gemäss Spitalplanungs- und -finanzierungsgesetz (SPFG) bezüglich Indikationsqualität zu auditieren oder durch die entsprechenden Fachgesellschaften auditieren zu lassen. Der Regierungsrat möchte «Peer Audits» nur punktuell einsetzen, weil er befürchtet, dass dieses Instrument bei einer breiten



Einführung zu einer Alibiübung verkäme und damit seinen Zweck verfehlen würde. Bei den Vorgaben zur Förderung der Indikationsqualität, die der Regierungsrat seit 2012 definiert, setzt er primär auf interprofessionelle und interdisziplinäre Kontrollen, Qualitätskennzahlen sowie auf die spitaleigene Verantwortung. Er hat entschieden, in verschiedenen Fachbereichen ein Qualitätscontrolling als obligatorisch vorzugeben, und sieht in auffälligen Fällen auch «Peer Audits» vor. Zudem führen gewisse Spitäler in einzelnen Disziplinen bereits «Peer Audits» durch.

KSSG-Präsident: Roman Schmid (SVP, Opfikon), 079 581 88 00

Auf dem vorliegenden Bulletin sind alle publikationsreifen Beschlüsse festgehalten, die seit dem letzten Bulletin von Kommissionen gefasst und noch nicht kommuniziert wurden.